

Urs Tanner
Webergasse 17
8200 Schaffhausen

Grosser Stadtrat
E: 27.05.2025
Nr. 07/2025

**Grossstadtrat
push**

an die
Grossstadtratspräsidentin
Stadthaus
Safrangasse 8
8201 Schaffhausen

Schaffhausen, den 27.5.25

Postulat: Obligatorische Arbeits- und Ausbildungsplätze für Flüchtlinge in der Stadt Schaffhausen

Sehr geehrte Fr. Präsidentin

Der Unterzeichnende ersucht Sie höflichst, den nachfolgenden Vorstoss auf die Traktandenliste des Grossen Stadtrates aufzunehmen:

Postulat: Obligatorische Arbeits- und Ausbildungsplätze für Flüchtlinge in der Stadt Schaffhausen

Eine gute Schul- und Berufsbildung stellt die Voraussetzung für eine gute Integration in unsere Gesellschaft dar. Die Bildung ist wiederum der Schlüssel für ein unabhängiges Leben von der Sozialhilfe des Staates, denn sie ermöglicht den Zugang zur Arbeitswelt. Darüber hinaus wissen wir aus eigener Erfahrung, wie sich eine Arbeit, Tätigkeit positiv auf unsere Befindlichkeit auswirken kann.

Menschen die als Flüchtlinge ihre Heimat verlassen mussten, verfügen teilweise über gute berufliche Qualifikationen, hingegen fehlt es an einer genügenden Sprachkompetenz. Demgegenüber gibt es viele junge Menschen, welche (noch) nicht über eine berufliche Qualifikation verfügen.

In Zeiten des Fachkräftemangels und fehlender Finanzen, sollten wir als Gesellschaft vermehrt auf die brachliegenden Ressourcen dieser Menschen zurückgreifen.

Einerseits profitierten unsere Gesellschaft und Wirtschaft von diesen Menschen, wenn wir sie dazu verpflichten, ihren Beitrag für das von uns gewährte Asyl «abzuarbeiten». Es ist nicht einleuchtend, dass diese Menschen unproduktiv auf Kosten des Staates ihre Zeit verbringen müssen. Andererseits können diese Menschen vermehrt mit unserer Gesellschaft partizipieren. Dies wiederum sollten wir auch als eine wesentliche Massnahme verstehen, wenn es darum geht, extremistischen Tendenzen vorzubeugen.

Die betroffenen Menschen, welche noch nicht über die notwendigen Sprachkenntnisse verfügen, müssen dazu im Vorfeld zwingend (obligatorisch) Sprachkurse besuchen.

-Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen verpflichtenden Massnahmen, die Flüchtlinge ihre sprachlichen Kompetenzen soweit erlangen können, damit sie die ihnen zur Verfügung gestellten Aus- bzw. Arbeitsplätze antreten können.

-Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, in welchen Bereichen der Stadtverwaltung die Stadt jährlich 5 Ausbildungsplätze im Bereich EBA (Eidgenössische Berufsbildung mit Attest) und/oder EFZ (Eidgenössische Berufsbildung mit Fähigkeitszeugnis) für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden können.

-Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, in welchen Bereichen der Stadtverwaltung, die Stadt 5 Arbeitsplätze für Flüchtlinge zur Verfügung stellen kann.

Besten Dank und freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'U' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.